

DONNERSTAGSKOLUMNE

Briefwechsel



zwischen
Peter Gauweiler und Christian Ude

Raus aus dem Kopfgefängnis!

Christian Ude (SPD) und Peter Gauweiler (CSU) liefern sich jeden Donnerstag an dieser Stelle einen Schlagabtausch. Heute: Peter Gauweiler

Lieber Christian!
Briefwechsel zur Phantasie – 3. Teil: Wer gegen die APO war und für Strauß, ist phantasielos. Schreibt Christian Ude. Hilfe! In welches Kopfgefängnis hast Du Dich verschleppen lassen, mein Freund? Du warst doch bei den Vorurteils-Lemmungen von 68 auch nicht dabei. Und kannst darüber, nach allem, was man heute über sie weiß und seitdem geschehen ist, eher froh sein. Etwas sehr künstlich war auch die Aufregung zu „einer millionenschweren Hotelier-Spende“. C. U.: „Was fällt Euch ein?“

Entschuldigung Herr Oberstudienrat! Bitte bedenke, dass die Todsünde der Heuchelei auch für uns Protestanten gilt: Erstens waren es nach Presseberichten nicht eine, sondern zwei Spenden, und zweitens hast Du nichts darüber geschrieben, dass gleichzeitig eine sechsstellige Spende von BMW an die SPD veröffentlicht worden war (die unglücklicherweise auch noch in einem zeitlichen Zusammenhang mit der großkoalitionären Abwrackprämie für Altagos gegeben wurde). Darf ich Dich an das Motto

der Münchner Stadtreinigung erinnern: Kehr jeder vor der eignen Tür, gleich sauber ist das Stadtquartier. Oder sind nur Spenden an die SPD gut und solche an die Konkurrenz widerlich und korrupt?

Von ganz links kommt jetzt die Forderung nach einem gesetzlichen Verbot von Parteispenden überhaupt, was kein Kunststück ist, wenn man bedenkt, dass die PDS, bevor sie zur Linken mutierte, eine der reichsten Parteien der Welt war und über das bürgerlich-westdeutsche Spendenkleinlein nur lachen kann. Ich glaube, dass es in einem freien Land nicht böse ist, sondern großzügig und mutig, die politische Formation zu unterstützen, deren Erfolg man will und dass offene Spendenbereitschaft der politischen Kultur besser tut, als wenn die Parteien immer abhängiger vom Staat werden. Ihre Schatzmeister arbeiten ja ohnehin darauf hin, dass die Parteien immer mehr vom Fiskus bezahlt werden, weil ihnen die ewige Bettelei um Spenden und das öffentliche Theater auf die Nerven geht. Irgendwann wird man die Mitarbeiter von SPD- und

CDU-Geschäftsstelle zu Beamten ernennen.

Was die Senkung der Mehrwertsteuer für Hotels angeht, kann man von mir aus streiten. Von mir aus tagelang, wer nichts Besseres zu tun hat. Ich selbst begrüße eigentlich jede Steuersenkung, auch wenn sie nur für Hotels ist. Zumal in fast allen Ländern der EU für Hotels der niedrigere Mehrwertsteuersatz längst gilt.

Noch ein Thema, um Galle in die Tinte fließen zu lassen: Um über den Gauner zu streiten, der vom Bund 2,5 Millionen Euro für die von ihm geklauten Steuerdaten verlangt und bekommen soll. Ich habe gelesen, dass Du auch das

richtig klasse findest. Toll! Das gibt viele unterhaltende Briefwechsel. Immerhin sieht Wolfgang Schäuble – anders als Müntefering (was macht der eigentlich?) – in unserem Nachbarland Schweiz keinen Fall für einen Bundeswehrangriff.

Dein Freund Dieter Hildebrand – der sich wie Schäuble entschied – hat die Dinge trotzdem sehr einleuchtend auf den Punkt gebracht: „Falls dadurch ein Präzedenzfall geschaffen werden kann, der auf mich als Bürger angewendet werden kann, dann will ich das natürlich nicht.“ Kommt jetzt für selbsternannte Blockwarte und Denunzianten eine neue Hochkonjunktur? Darf einbrechen und abhören, wer „beweisen“ will, dass die Haushaltshilfe des Nachbarn schwarz bezahlt und das steuerlich abgesetzte Arbeitszimmer ein Fernsehraum ist? Ab jetzt soll man mit solchem Datendiebstahl beim Finanzamt Geld verlangen können. Wow! Schöne neue Welt. Bravo!

Als alter Advokat kennst Du bestimmt noch das „Handbuch für Strafverteidiger“ des wirklich bedeuten-

den Rechtsanwalts Hans Dahs: „Es geht etwas Schreckliches vor sich. Der Rechtsstaat selbst, der das Recht zu setzen und zu wahren hat, begeht Unrecht. Er begeht es durch seine eigene, der Rechtsverwirklichung verpflichtete Justiz. Von allen Formen des Unrechts ist seinem Wesen nach dieses justizielle Unrecht der Obrigkeit das schlimmste. Es bedeutet die Pervertierung des Rechtsstaates.“ Weil dieser zur Verteidigung des Rechts berufen ist. Ja, ja, ich weiß: Steuerhinterziehung ist nicht in Ordnung – ist sie auch nicht. Deshalb wird sie in der Schweiz auch als ordnungswidrig eingestuft – wobei bei uns der entsprechende Vorwurf des Staates gegen ein Ehepaar und seinen Steuerberater als „bandenmäßige Begehung“ mit bis zu 10 Jahren Gefängnis bestraft wird. Während man bei einem minderschweren Fall des Totschlags mit einem Jahr davonkommen kann. Justitia non debet claudicare – Gerechtigkeit darf nicht hinken.

Dein
Peter Gauweiler